

Rede zur Eröffnung der Ausstellung

**„30 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen“ (5.7.2004)**

von Ulrich Menzel

Am 18.9.1973 wurden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik in die Vereinten Nationen aufgenommen. Die dreißigjährige Wiederkehr dieses Datums im Herbst letzten Jahres war der Anlaß für die Ausrichtung der Schau „Deutschland in den Vereinten Nationen“, die zuerst im Lichthof des Auswärtigen Amtes in Berlin und am Sitz der Vereinten Nationen in New York gezeigt wurde. Danach ging sie auf Reisen. Eine der ersten Stationen ist der Campus Nord der TU Braunschweig am Bienroder Weg. Einen besseren Standort hätte man in Braunschweig für dieses Thema kaum finden können, wenn man berücksichtigt, dass die Sicherung des Weltfriedens die Hauptaufgabe der UNO ist. Schließlich ist der Campus Nord - zuvor als Grenzschutz-Kaserne und davor unter dem Namen „Siegfried-Kaserne“ geläufig - ein schönes Beispiel für eine gelungene Konversion, nämlich die Überführung eines militärischen Objekts in eine zivile Nutzung. Dieser Vorgang wie dessen Anlaß, nämlich dass die Aufhebung der deutsch-deutschen Grenze auch den Bundesgrenzschutz an dieser Stelle entbehrlich gemacht hat, entspricht sicherlich dem Geist der Charta der Vereinten Nationen.

Insofern ist die heutige Eröffnung ein besonderes Ereignis, zu dem ich Sie, verehrte Anwesende, ganz herzlich begrüße. Es freut mich, dass Sie so zahlreich der Einladung gefolgt sind, obwohl doch der so überaus erfolgreiche TU-day mit seinen 20.000 Besuchern letzten Samstag das Interesse an der TU aufs Erste abgeschöpft haben dürfte. Besonders hervorheben möchte ich die Vizepräsidentin der TU BS, Frau Prof. Barbara Jürgens, die Dekane der Fachbereiche 9 und 10, Prof. Hero Jansen und

Prof. Wolfgang Fritz, den Direktor des Braunschweigischen Landesmuseums, Herrn Dr. Gerd Biegel, dazu alle anwesenden Kolleginnen und Kollegen, Kommilitoninnen und Kommilitonen sowie den Ehrengast des heutigen Abends, Herrn Botschafter a.D., Dr. Hans Arnold, langjähriger Repräsentant der Bundesrepublik am zweiten Hauptsitz der Vereinten Nationen in Genf, der sie gleich mit dem hochaktuellen Thema „Die UNO, der Irak-Krieg und wir“ fesseln wird.

Als die UNO auf der Konferenz von San Francisco vom 25.4. bis 26.6.1945 in der Endphase des Zweiten Weltkriegs von den 50 Teilnehmerstaaten gegründet wurde, war das eine Konferenz der Siegermächte. Derzeit beträgt die Mitgliederzahl 191 - alle souveränen Staaten der Welt bis auf den Vatikan, nachdem unlängst auch die Schweiz beigetreten ist. Damit handelt es sich um eine denkbar umfassende Organisation, in ihrem Anspruch eine Art Weltregierung, die neben den sechs Hauptorganen, Generalversammlung, Sicherheitsrat, Wirtschafts- und Sozialrat, Treuhandrat, Internationalem Gerichtshof und Sekretariat, über eine kaum mehr überschaubare Zahl von Sonder-, Unter- und Regionalorganisationen verfügt, die kaum ein Politikfeld von internationaler Bedeutung unbeackert lassen. Die wichtigsten Standorte der UNO neben New York sind Genf und Wien, daneben seit einiger Zeit auch Bonn, auch eine Form der Konversion. Zu den wichtigsten Aufgaben neben der Friedenssicherung gehören die Verregelung des Welthandels und die Entwicklungszusammenarbeit, die Durchsetzung der Menschenrechte, die Flüchtlings- und Katastrophenhilfe, die Überwachung von Rüstungskontrollabkommen, der Umweltschutz - im Grunde alle Probleme, die grenzüberschreitenden Charakter haben und von einem Land allein nicht gelöst werden können.

Markierte das Jahr 1973 mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten ein wichtiges Datum der Entspannungspolitik und damit der Einhegung des Ost-West-Konflikts, so weckten die Jahre

1989/90 mit der Aufhebung der Blockkonfrontation große Hoffnungen, dass ein neues Zeitalter angebrochen sei, in dem die genannten Probleme auf friedliche und zivilisierte Weise unter dem Dach der Vereinten Nationen lösbar seien. George W. Bush der Ältere prägte im September 1990 den Begriff von der „neuen Weltordnung“.

Neue Politikformen wurden entwickelt wie die Weltkonferenzen der 1990er Jahre, die Weltberichte diverser internationaler Kommissionen oder die Agenden des früheren Generalsekretärs der UNO Boutros-Ghali zu den Themen Frieden, Entwicklung und Demokratie. Global Governance, zu deutsch „Weltregieren“, lautete der neue Schlüsselbegriff. Auch Deutschland bekam wieder internationales Gewicht. Bonn und Hamburg wurden Sitz von UNO-Organisationen. Die Bundesrepublik ist mit 9,8 % des regulären Budgets drittgrößter Beitragszahler und besetzt zunehmend auch hohe Ämter innerhalb der UNO. Ich erinnere nur an Klaus Töpfer als Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms in Nairobi, Manfred Eisele als Beigeordneter Generalsekretär in der Abteilung friedenserhaltende Maßnahmen, Tom Koenigs als Leiter der UN-Mission für den Aufbau der Zivilverwaltung im Kosovo oder Hans-Peter Kaul als einer der 18 Richter am Internationalen Strafgerichtshof. Deutschland ist Austragungsort wichtiger UNO-Konferenzen wie der zu Afghanistan auf dem Bonner Petersberg, war und ist Mitglied im Sicherheitsrat und damit auch an wichtigen Entscheidungen dieses Gremiums beteiligt. Wir erinnern uns an den Auftritt von Außenminister Joschka Fischer, als es im Vorfeld des Irak-Kriegs um die Kontroverse ging, ob die UNO oder die USA das Kommando haben, ob die zivilen UNO-Mechanismen oder die militärischen US-Mechanismen greifen. Hier kam es – das unterstreicht die neue außenpolitische Rolle der Bundesrepublik in ganz besonderem Maße – erstmals zu einem öffentlich ausgetragenen harten Dissens zwischen Deutschland und den USA in einer wichtigen Frage – ein Vorgang, der noch vor zehn Jahren schier undenkbar gewesen wäre. Deutschland als

internationaler Anwalt von ziviler Konfliktbearbeitung, das sich um Prävention, Friedenssicherung und Förderung des staatlichen Aufbaus kümmert, eine Rolle, bei der es gut beraten ist, ein Feld, das gerade in der UNO hervorragend bearbeitet werden kann.

Die Stichworte Kosovo, Afghanistan, Irak sind gefallen. Man könnte Bosnien, Kongo, Liberia, Ost-Timor, demnächst vielleicht Sudan und etliche andere Fälle hinzufügen. Sie zeigen an, dass die Hoffnungen der Jahre 1989/90 getrogen haben. Die Welt ist nicht friedlicher geworden. Die UNO ist nicht zur obersten Streitschlichtungsinstanz geworden, die über die notwendige Autorität, die Ressourcen und die politische Durchsetzungskraft verfügt. Im Gegenteil, die Welt ist unfriedlicher geworden, die UNO steht, ausgerechnet auf Seiten der USA, die ihre Gründung maßgeblich betrieben haben, in der Kritik wie selten zuvor. Ganz neue Begriffe haben den Wortschatz der internationalen Politik bereichert: Schurkenstaaten, Versagende oder Zerfallende Staaten, humanitäre Intervention, Massenvernichtungswaffen, Peace Making und Peace Enforcement, Warlords, neue Kriege, neues Mittelalter, Privatisierung von Gewalt, Gewaltmärkte und Gewaltökonomien, Internationale Schattenwirtschaft, Internationaler Terrorismus und Organisiertes Verbrechen.

Damit sind ganz neue Aufgaben auf die UNO zugekommen, auch auf die Bundesrepublik - und gerade auch auf die Bundeswehr. Im Mai 1992 erfolgte der erste Blauhelmeinsatz der Bundeswehr in Kambodscha, 1993 der Einsatz in Somalia, 1996 in Ex-Jugoslawien, 1997 in Bosnien, 1999 im Kosovo. In jüngster Zeit gibt es so exotische Einsatzorte wie Kabul und Kundus, Djibouti oder Gibraltar. Alles in Allem sind derzeit etwa 10 000 Mann im Einsatz. Aufgrund des Rotationsprinzips kommen weitere 10 000 hinzu. Rechnet man den personellen Aufwand für Nachschub und Beschaffung, für Ausbildung und Ausrüstung hinzu,

ist die Bundeswehr bereits an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit für derartige Einsätze gestoßen. Die Bilanz dieser Einsätze ist durchaus zwiespältig. Ist Deutschland auf dem besten Weg, eine militärische Interventionsmacht zu werden? Oder gibt es einen neuen deutschen Sonderweg, der die Moral zur Maxime der Außenpolitik macht?

Diese Frage hat jedenfalls eine bis heute nicht beendete öffentliche Debatte über Legitimität und Legalität der Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen ausgelöst, die dem Anspruch nach der Friedenssicherung, der Absicherung humanitärer Hilfe oder der Absicherung des staatlichen Wiederaufbaus dienen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Frage, welche Instanz legitimiert ist, solche Einsätze zu mandatieren. Der UN-Sicherheitsrat? Der NATO-Rat? Der Nationale Sicherheitsrat der USA? Damit sind wir wieder angelangt bei der mittelalterlichen Lehre vom gerechten Krieg eines Thomas von Aquin, die die auctoritas principis, die Autorisierung durch den obersten Fürsten verlangte, der jetzt in Form des Sicherheitsrats daherkommen soll. Dieses alles sind Themen in der heute zu eröffnenden Schau und unterstreicht, dass es hier nicht nur um die Geschichte Deutschlands in der UNO, sondern um hochaktuelle und hochkontroverse Fragen geht.

Die Ausstellung fügt sich in das Programm des Instituts für Sozialwissenschaften. Die vier künftigen Schwerpunkte des Instituts in Forschung und Lehre neben den Medienwissenschaften werden in dem neuen integrierten sozialwissenschaftlichen BA/MA-Studiengang benannt. Sie lauten: „Zukunft der Arbeit“, „Urbanisierung, Mobilität und Umwelt“, „Politische Steuerung in Staat, Markt und Gesellschaft“ sowie „Internationalisierung von Politik und Ökonomie“. Zum letztgenannten Bereich gehört auch die Frage nach der Rolle von Internationalen Organisationen zur Bearbeitung der brennendsten Weltprobleme. Internationale Organisationen sind auch das Thema unserer jährlichen In-

stituts-Exkursionen, die u.a. zu den UNO-Standorten in Genf, Wien und Den Haag geführt haben, sie sind das Thema von Sonderveranstaltungen wie dieser Ausstellung und sie sind auch Gegenstand von Forschungsprojekten wie z.B. dem laufenden „Die Politik der USA im UN-Sicherheitsrat und das Regime humanitärer Interventionen“, das im Rahmen des Projektverbunds „Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen“ von der Landesregierung gefördert wird. Wir haben uns erlaubt, als Annex zur Ausstellung einige Poster über dieses Projekt zu präsentieren, die zeigen, dass am ISW avantgardistische Forschung in einem neuen Kernbereich der internationalen Beziehungen betrieben wird.

Veranstaltungen wie diese sind nur möglich durch die finanzielle Unterstützung von dritter Seite. Ich darf deshalb nicht versäumen, auf die generöse und unbürokratische Bereitschaft des Braunschweigischen Hochschulbundes hinzuweisen, der nicht nur unsere Exkursionen unterstützt, sondern auch diesmal wieder sofort bereit war, sich zu engagieren. Dafür sei ihm herzlich gedankt. Veranstaltungen wie diese sind aber auch nicht möglich ohne die tatkräftige Mitwirkung der Mitglieder des Instituts. Namentlich nennen möchte ich Katharina Varga, die in gewohnt professioneller Manier alles gemanaged hat. Mein Dank gilt auch den studentischen Hilfskräften, die weit mehr Zeit investiert haben, als ihr Vertrag eigentlich zulässt. Darüber hinaus gibt es immer wieder ehrenamtliche studentische Hilfskräfte, die sich zur Verfügung stellen. Nur dank deren Engagement ist vieles möglich. So auch die Öffnung unserer Institutsbibliothek an fünf Tagen in der Woche ohne eigentliche Bibliothekarskraft. Nur so kann die Ausstellung über Nacht in die Institutsbibliothek verlagert werden und dort für die nächsten drei Wochen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sein. Die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen hat sich angeschlossen und ist mit einem eigenen Informationsstand vertreten.

Ich wünsche uns allen einen interessanten Abend, einen spannenden Vortrag unseres Gastredners, einen informativen Rundgang und anregende Gespräche beim anschließenden Empfang. Den ausgelegten Katalog zur Ausstellung können Sie gerne mitnehmen. Wenn es Ihnen gefallen hat, dann erzählen sie bitte weiter von dieser Ausstellung.